

Entsetzen in der Pflanzenwelt

Senat erstellt Streichliste: botanika soll Ende des Jahres schließen / 40 Jobs in Gefahr

VON

GUNNAR MEISTER

Doppelter Tiefschlag für Manager Bernd Linke. Der Senat will ihm den Auftrag für botanika und die Neubürgeragentur entziehen.

Schluss, aus, vorbei. Es war kurz vor drei, als botanika-Chef Bernd Linke gestern vor seine Mitarbeiter trat und das nahende Ende der Pflanzenschau im Rhododendronpark verkündete. Die Einrichtung steht auf einer Streichliste des Senats, die Bürgermeister Jens Böhrnsen und Finanzsenatorin Karoline Linnert nur drei Stunden zuvor auf einer Pressekonferenz präsentiert hatten. Die rot-grüne Koalition will die Neuverschuldung reduzieren und dramatisch steigende Sozialausgaben auffangen.

An sich kommt die Botschaft nicht überraschend. Seit jeher wird botanika das Aus vorhergesagt, weil die

Besucherzahlen unter den Erwartungen lagen. Wieder und wieder hatte das Bau- und Umweltressort Finanzlöcher gestopft. Jahr für Jahr waren irgendwo zwischen 600.000 und 800.000 Euro an Zuschüssen nötig. Ausgaben, die sich das Haushaltsnotlageland nicht leisten kann, wengleich die Bezuschussungen anderer Einrichtungen teils deutlich höher ausfallen. Obwohl die Warnsignale unübersehbar waren, hat die Entscheidung viele Mitarbeiter kalt erwischt: „Die Leute sind geschockt. Wir haben ja immer noch gehofft“, sagt Linke. Unter den 40 Mitarbeitern, deren Jobs auf dem Spiel stehen, befänden sich zwar einige Studenten,



Kämen mehr Besucher, stünde botanika nicht vor dem Aus.

Foto:av

aber auch Mütter und Väter, die auf geregelte Einkommen angewiesen seien.

Finanzsenatorin Linnert zufolge wird jetzt ein privater Betreiber gesucht, der die Schaugewächshäuser erhält. Doch gerade die verursachen die meisten Kosten. Linkes knapper Kommentar dazu: „Das können Sie vergessen.“

Dabei treffen ihn die Sparanstrengungen gleich doppelt.

Um seine Finanzziele zu erreichen, will

sich der Senat auch von der Neubürgeragentur trennen, die Linke betreut.

Darüber hinaus will der Senat die Rennbahnförderung kappen, zwei Schulstandorte schließen, die Wohnungsbauförderung drastisch reduzieren, Finanzämter zusammenlegen und Rücklagen bremsischer Gesellschaften in den Haushalt transferieren.

Weser-Report 26.9.2007